

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Laurenz Meyer (Hamm), Ilse Aigner, Veronika Bellmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Rainer Wend, Christian Lange (Backnang), Ludwig Stiegler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/557 –**

Neue Impulse für den Mittelstand

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Paul K. Friedhoff, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/562 –**

Unternehmen statt Unterlassen – Vorfahrt für den Mittelstand

A. Problem

Verbesserung der Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags.

Mehrheitliche Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags.

Mehrheitliche Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 16/557 – unverändert anzunehmen,
2. den Antrag – Drucksache 16/562 – abzulehnen.

Berlin, den 15. Februar 2006

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Laurenz Meyer (Hamm)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Laurenz Meyer (Hamm)

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD – **Drucksache 16/557** – wurde in der 16. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Februar 2006 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktion der FDP – **Drucksache 16/562** – wurde in der 16. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Februar 2006 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

1. Zu Drucksache 16/557

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktionen bildet der Mittelstand das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Daher müsse es das Ziel der Wirtschaftspolitik sein, die Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen so zu verbessern, dass sie ihr Potenzial voll entfalten und im Wettbewerb bestehen könnten. Dazu enthielten der Koalitionsvertrag, die Genshagener Beschlüsse der Bundesregierung und die im Jahreswirtschaftsbericht 2006 vorgestellten Maßnahmen ein umfassendes Konzept.

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD erläutern in einem umfangreichen zusammenfassenden Forderungskatalog, welche Maßnahmen sie in der Steuerpolitik, bei der Mittelstandsfinanzierung, in der Forschungs- und Entwicklungspolitik, im Bereich Entbürokratisierung und Deregulierung, in der Umwelt- und Energiepolitik und in der Außenwirtschaftspolitik für erforderlich halten, um den Mittelstand zu stärken und damit die Politik der Bundesregierung für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung zum Erfolg zu führen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/557 verwiesen.

2. Zu Drucksache 16/562

Auch die Fraktion der FDP betont die besondere Bedeutung des Mittelstandes für die deutsche Wirtschaft. Nach ihrer Einschätzung beruht die aktuelle, strukturelle Wirtschaftsschwäche Deutschlands nicht zuletzt darauf, dass der Mittelstand mit staatlicher Überregulierung und einer zu hohen Steuerlast zunehmend zu kämpfen habe. Die Wirtschaftspolitik müsse sich stärker an den Bedürfnissen der kleinen und mittleren Betriebe ausrichten. Die Antragsteller fordern unter anderem die Einführung von gesetzlichen Öffnungsklauseln für betriebliche Bündnisse für Arbeit, die Schaffung eines mittelstandsfreundlichen Kündigungsschutzes, den

vollständigen Erhalt des ERP-Sondervermögens, den Verzicht auf die Einführung von Mindestlöhnen und auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie eine möglichst baldige Unternehmenssteuerreform und eine Reform der Sozialversicherungen hin zu mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/562 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Zu Drucksache 16/557

Die mitberatenden Ausschüsse haben die Vorlage in ihren Sitzungen am 15. Februar 2006 abschließend beraten.

Der **Rechtsausschuss** (6. Sitzung), der **Finanzausschuss** (7. Sitzung), der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (9. Sitzung), der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** (12. Sitzung), der **Ausschuss für Gesundheit** (10. Sitzung), der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** (7. Sitzung), der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** (6. Sitzung) und der **Haushaltsausschuss** (9. Sitzung) empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 10. Sitzung am 15. März 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** (6. Sitzung) empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Tourismus** (6. Sitzung) empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

2. Zu Drucksache 16/562

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage in seiner 12. Sitzung am 15. Februar 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Anträge – Drucksachen 16/557 und 16/562 – in seiner 6. Sitzung am 15. Februar 2006 abschließend beraten.

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD äußerten die Überzeugung, dass es mit den im Antrag auf Drucksache 16/557 aufgezeigten Maßnahmen gelingen werde, die Zukunftsfestigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen ganz erheblich zu verbessern. Ein wesentlicher Teil des 25-Milliarden-Euro-Programms werde unmittelbar den kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen, unter anderem durch eine Verbesserung der Abschreibungsbedingungen und durch eine Neuregelung der Umsatzsteuer. Die Liquidität dieser Unternehmen werde zusätzlich durch die Anhebung der Umsatzgrenzen bei der Umsatzbesteuerung in den alten Bundesländern verbessert.

Die Fraktion der FDP kritisierte, dass der Antrag auf Drucksache 16/557 insgesamt wenig konkret sei. Auch enthalte er keine Aussage zu der Frage, wie die hohen Belastungen der kleinen und mittelständischen Unternehmen durch Energiekosten verringert werden könnten. Ferner sei nicht dargestellt, wie sich die geplante Mehrwertsteuererhöhung auf den Mittelstand und insbesondere auf den Handel auswirken werde.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. geht der Antrag auf Drucksache 16/557 generell in die falsche Richtung. Mit einer Senkung der Lohnzusatzkosten und einer Verringerung des Kündigungsschutzes werde man die Situation des Mittelstandes nicht verbessern. Vor allem über höhere Löhne und die damit verbundene Stärkung der Nachfrage würde es eher gelingen, die für eine Erholung der Wirtschaft und für mehr Arbeitsplätze notwendige Verbesserung der Binnenkonjunktur zu erreichen.

Die Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wiesen darauf hin, dass eine Vielzahl der im Antrag auf Drucksache 16/557 enthaltenen Maßnahmen noch von der Vorgängerregierung in Angriff genommen worden sei. Zu kritisieren sei, dass der Antrag zu einigen ganz wesentlichen Aspekten keine Aussage treffe. Dies betreffe insbesondere konkrete Antworten auf die Frage der Fortführung der und Weiterentwicklung des sehr erfolgreichen Instruments der Ich-AG. In der Frage der ordnungspolitischen Ausrichtung der CDU, CSU und SPD gebe es den berechtigten Verdacht, dass die Bundesregierung in Wirklichkeit eine mittelstandsfeindliche Politik verfolge, die große Monopole und Oligopole fördere. Auch die in dem Antrag auf Drucksache 16/562 zutage getretene Vorstellung, dass eine bloße Deregulierung dem Arbeitsmarkt helfe, sei abzulehnen.

Der Ausschuss beschloss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags – Drucksache 16/557 – zu empfehlen.

Der Ausschuss beschloss zunächst auf Antrag der Fraktion der FDP (zur Meinungsbildung) die Einzelabstimmung zu Abschnitt II des Antrags auf Drucksache 16/562:

Zu Nummer 1

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Zu Nummer 2

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Zu Nummer 3

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

Zu Nummer 4

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Zu Nummer 5

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Zu Nummer 6

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Nummer 7

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Zu Nummer 8

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Zu Nummer 9

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Nummer 10

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der Ausschuss beschloss sodann mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/562 – zu empfehlen.

Berlin, den 15. Februar 2006

Laurenz Meyer (Hamm)
Berichtersteller

